

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 21/3 (1994)

DOI: 10.11588/fr.1994.3.59024

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

WERNER SCHOLZ

## FRANKREICHS ROLLE BEI DER SCHAFFUNG DER VÖLKERBUNDKOMMISSION FÜR INTERNATIONALE INTELLEKTUELLE ZUSAMMENARBEIT 1919–1922 \*

Die bis zum ersten Weltkrieg in erster Linie bilateral funktionierenden zwischenstaatlichen Kulturbeziehungen erhielten 1922/26 im Völkerbundsystem mit der Kommission und dem Institut für internationale intellektuelle Zusammenarbeit (C.I.C.I./I.I.C.I.) neuartige multilaterale Komponenten. Während des zweiten Weltkrieges funktionierte die kulturpolitische Kooperation in der neuen Gestalt einer Konferenz der alliierten Bildungsminister (CAME) weiter, die zum direkten Vorläufer der 1946 gegründeten Spezialorganisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) wurde. Frankreich spielte in all diesen Organisationen eine unterschiedlich wichtige Rolle.<sup>1</sup> Die Völkerbundetappe gilt heute als von Frankreich dominiert und Léon Bourgeois, der herausragende französische Völkerbundpolitiker, als Nestor der C.I.C.I. und damit der multilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit gemeinhin. Das paßt sehr gut in das gängige Bild der auswärtigen Kulturpolitik Frankreichs. Kulturelles Sendungsbewußtsein gehörte stets zum zivilisatorischen und staatsbürgerlichen Selbstverständnis der Franzosen. »La France a, de tout temps, occupé une position privilégiée sur le plan des relations culturelles internationales et sa langue, sa culture, ont dès le Moyen Age, dépassé ses frontières.«<sup>2</sup> Zeitiger als in anderen vergleichbaren Ländern begann in Frankreich zudem der Staat, dieses Aktionsfeld für sich zu entdecken. Die mit dem Namen Léon Bourgeois auf der Sitzung der Völkerbundversammlung im September 1921 verknüpfte Initiative zugunsten einer Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit scheint sich da nahtlos einzufügen. Der naheliegende Schluß, darin eine Bestätigung von Kontinuität und Gleichklang französischer Außen- und Kulturpolitik zu sehen, reibt sich jedoch mit neueren Forschungsergebnissen zur allgemeinen Völkerbundpolitik Frankreichs und zum Wirken von Léon Bourgeois in dieser Zeit.<sup>3</sup> Widersprüche treten auch bei einem Blick in seine frühen Stellungnahmen zugunsten der Schaffung einer »Société des Nations« und in den 1918 unter seiner Federführung erstellten französischen Satzungsentwurf für eine solche Organisa-

\* Der Beitrag ist ein Teilergebnis des von Franz Knipping an der Universität Tübingen geleiteten und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes »Frankreichs Kulturpolitik in internationalen Organisationen 1920–1970«.

- 1 Vgl., PHAM-THI-TU, *La coopération intellectuelle sous la SDN*, Genève, Paris 1967; Denis MYLONAS, *La Genèse de l'UNESCO. La Conférence des Ministres Alliés de l'Education (1942–1945)*, Brüssel 1976; William R. PENDERGAST, *French Policy in UNESCO*, Columbia University, Ph. D. 1971.
- 2 Suzanne BALOUS, *L'action culturelle de la France dans le monde*, Paris 1970, S. 11. Siehe dazu auch: Albert SALON, *L'action culturelle de la France dans le monde, analyse critique*. Thèse pour le Doctorat d'Etat ès Lettres, Université Paris I Panthéon-Sorbonne, décembre 1980.
- 3 Vgl., Marie-Renée MOUTON, *La Société des Nations et les intérêts de la France (1920–1924)*, Thèse de doctorat d'Etat, Université de Paris I Panthéon-Sorbonne, Paris 1988; Jean-Jacques RENOLIET, *La genèse de l'Institut international de Coopération intellectuelle*, in: *Relations Internationales*, 72 (1992) S. 387–398 sowie den Beitrag von Jost DÜLFFER und Christa HAAS, *Léon Bourgeois and the reaction in France to his receiving the Nobel Peace Prize in 1920*, in: *FRANCIA* Band 20/3 (1993) S. 19–35.

tion zutage.<sup>4</sup> In beiden fehlte der Aspekt der intellektuellen Kooperation. Auch während der Pariser Friedensverhandlungen engagierte sich Léon Bourgeois, offizieller Vertreter Frankreichs in der Kommission zur Erarbeitung der Völkerbundsatzung, nicht in diesem Sinne. Es muß also auf dem Wege zur Bildung der neuen Strukturen auch innerfranzösische Entscheidungsprozesse gegeben haben, denen bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Der nachfolgende Versuch, die Gründungsgeschichte der C.I.C.I. aus dem Blickwinkel der Pariser Administration zu rekonstruieren, zielt jedoch nicht allein auf die Beleuchtung vermuteter Diskontinuität französischer Kulturpolitik. Dahinter stehen generelle Fragen nach den Ursachen für die Gründung multilateraler kulturpolitischer Organisationen, nach den in diesem Sinne wirkenden Kräften und deren realen Interessen. Daraus können vorsichtige Schlußfolgerungen nicht nur hinsichtlich stabiler nationalstaatlicher Verhaltensmuster in derartigen Einrichtungen sondern auch in bezug auf deren Leistungsfähigkeit gezogen werden. Allgemeiner formuliert geht es um das Beziehungsgeflecht zwischen Nationalstaat und internationalen Organisationen, um den Stellenwert des kulturellen Faktors in den internationalen Beziehungen sowie um das Verhältnis von Politik und Kultur.<sup>5</sup>

### Zu den Anfängen der internationalen intellektuellen Kooperation

Die Idee der multilateralen kulturpolitischen Kooperation wurde nicht erst im Völkerbund geboren. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es vereinzelte Versuche auf diesem Terrain. Ihnen soll hier nur soweit nachgegangen werden, wie dies für das Verständnis der Prozesse zu Beginn der 1920er Jahre unabdingbar ist. Auf dem amerikanischen Kontinent flossen Probleme der intellektuellen Kooperation frühzeitig in die Arbeit der panamerikanischen Kongresse ein. Der erste südamerikanische Kongreß über internationales Privatrecht (25. 8. 1888 – 18. 2. 1889 in Montevideo) endete u. a. mit der Unterzeichnung von Konventionen über literarisches und künstlerisches Copyright. Unter Federführung der USA konstituierte sich auf Beschluß der Washingtoner Konferenz (2. 10. 1889 – 19. 4. 1890) die »Internationale Union der amerikanischen Republiken zur schnellen Sammlung und Verteilung von Wirtschaftsdaten«. Nach dem Willen der Initiatoren sollte in Washington ein die Union repräsentierendes »Wirtschaftsbüro der Amerikanischen Republiken« geschaffen werden. Es nahm noch 1890 unter Leitung eines US-amerikanischen Direktors die Arbeit auf. Mit der auf dem panamerikanischen Kongreß von Mexico City (22. 10. 1901 – 31. 1. 1902) beschlossenen Reorganisation des Wirtschaftsbüros ging auch eine Kompetenzerweiterung auf die Bereiche Austausch amtlicher Drucksachen, Ausübung freier Berufe und Urheberrecht einher. Ihm wurde außerdem die Verantwortung für die Errichtung einer interamerikanischen Fachbibliothek (Kolumbusbibliothek) übertragen.<sup>6</sup> Damit war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Errichtung einer ständigen Sektion für geistige Zusammenarbeit durch das panamerikanische Büro und zur Gründung des Interamerikanischen Instituts für geistige Zusammenarbeit im Jahre 1930 getan.<sup>7</sup>

4 Vgl., Léon BOURGEOIS, *Pour la Société des Nations*, Paris 1910 und *Textes adoptés par la Commission Ministérielle Française de la Société des Nations*, in: David Hunter MILLER, *The Drafting of the Covenant*, vol. II, New York, London 1928, S. 403–411.

5 Der Beitrag stützt sich auf die Auswertung der umfangreichen Archivbestände der Serien »Société des Nations«, »Papiers d'agents-archives privées« und »Y-internationale« des französischen Außenministeriums, der Serie »IICI, Correspondance« im Unesco-Archiv sowie der einschlägigen gedruckten Völkerbunddokumente.

6 Siehe dazu: Gerhard KUTZNER, *Die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS)*, Hamburg 1970, S. 27ff. Dem Büro gehörten unter Vorsitz des USA-Außenministers alle 19 in Washington akkreditierten lateinamerikanischen Diplomaten an.

7 Vgl. Margarete ROTHBARTH, *Geistige Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes*, Münster 1931, S. 22f.

Für Europa lassen sich ähnliche Tendenzen nachweisen. 1886 wurde die »Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst« von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, der Schweiz und Tunesien unterzeichnet, die letztlich in der Schaffung der »Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété industrielle, littéraire et artistique« mündete.<sup>8</sup> Im Zentrum der inhaltlichen Arbeit der Berner Büros standen die Sammlung und Veröffentlichung von Informationen über das Urheberrecht, die Anfertigung von Spezialstudien für den Verband sowie die Organisation internationaler Kongresse.<sup>9</sup> Ein weiteres Ergebnis internationaler staatlicher Intervention auf dem Gebiet des intellektuellen Lebens waren die Konventionen über den internationalen Austausch von offiziellen Dokumenten, wissenschaftlichen und literarischen Publikationen sowie über den Austausch von Parlamentsakten und Jahrbüchern. Beide Dokumente wurden am 15. März 1886 von Belgien, Brasilien, Spanien, den USA, Italien, Portugal, Serbien und der Schweiz in Brüssel unterzeichnet. Sie dienten der Vereinfachung des internationalen Zugangs zu den genannten Dokumenten und benötigten kein ständiges Kontroll- oder Organisationsinstrumentarium.<sup>10</sup>

Während auf dem amerikanischen Kontinent staatliche Stellen offensichtlich frühzeitig die Grundlagen für eine multilaterale Kooperation auf kulturpolitischem Gebiet zu beeinflussen suchten, dominierten in Europa nichtstaatliche Spezialorganisationen die sich rasch entwickelnde länderübergreifende Zusammenarbeit der Pädagogen, Wissenschaftler und Künstler. Für den Bildungsbereich wies Pedro Rosello in seiner umfangreichen Arbeit zu den Vorläufern des »Bureau International de l'Education« (BIE) nicht weniger als acht Versuche aus, die bis 1914 gestartet wurden.<sup>11</sup> Die erste funktionierende Einrichtung interakademischer Zusammenarbeit konstituierte sich 1899 als »Association Internationale des Académies« in Wiesbaden. Initiator war das sechs Jahre zuvor von den deutschen Regionalakademien in Göttingen, Leipzig und München sowie der Wiener Akademie der Wissenschaften gegründete »Kartell der Deutschen Akademien«, das im Zusammenwirken mit der Londoner »Royal Society« die ersten Schritte unternahm. Weitere Erstunterzeichner der Statuten von Wiesbaden waren Vertreter der Wissenschaftsakademien in Paris, Rom, Petersburg und Washington. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges schlossen sich dem Verband weitere Akademien aus Belgien, Dänemark, Finnland, Japan, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz, Schottland, Spanien und Ungarn an. Alle drei Jahre fanden dann Sitzungen der Assoziation statt: 1901 in Paris, 1904 in London, 1907 in Wien, 1910 in Rom und 1913 in Petersburg. Die für 1916 in Berlin geplante Zusammenkunft fiel dem Krieg zum Opfer. Die Organisation besaß kein ständiges Büro. Die Verwaltung (einschließlich der Finanzen) wanderte zwölf Monate nach einer durchgeführten Tagung in den Ort der nachfolgenden. Auf diese Weise befanden sich alle Sachmittel der Assoziation ab Januar 1914 in Berlin, was weitreichende Folgen haben sollte, denn nach Kriegsende lösten die Siegermächte die Organisation einseitig auf.<sup>12</sup>

Neben den aufgezeigten Initiativen, Vertreter von Bildung und Wissenschaft im internationalen Rahmen regelmäßig zusammenzuführen und gemeinsames Handeln anzuregen, gab es auch erste zaghafte Versuche, fach- und berufsgruppenübergreifende Strukturen zu schaffen. Den bemerkenswertesten unternahmen von Belgien aus Henri Lafontaine und Paul Otlet. Kulturelle Faktoren beschrieb Paul Otlet bereits 1916 als ein wichtiges und in die allgemeine

8 Siehe dazu: Franz KNIPPING, Hans von MANGOLDT, Volker RITTBERGER (Hg.), Das System der Vereinten Nationen und seine Vorläufer. Satzungen und Rechtsakte, 2 Bde., Band 1: 19. Jahrhundert und Völkerbundszeit, (in Vorbereitung für 1995).

9 Aus dem Berner Büro ging die 1967 in Stockholm gegründete »Weltorganisation für geistiges Eigentum« (OMPI) hervor, die 1974 den Status einer UN-Spezialorganisation erhielt.

10 Vgl. Ministère des Affaires Etrangères (künftig zitiert: MAE), SDN, secrétariat général, Vol. 1885, Bl. 3–5.

11 Vgl. Pedro ROSSELLO, Les précurseurs du Bureau International d'Education. Un aspect inédit de l'histoire de l'éducation et des institutions internationales, Genève 1943, S. 19ff.

12 Vgl. ROTHBARTH (wie Anm. 7) S. 5f.

Dynamik integriertes Element der sehr komplex gesehene internationalen Beziehungen. »La vie intellectuelle s'étend et s'amplifie chez tous les peuples civilisés. Elle conquiert sa place à côté de la vie économique. Comme chez celle-ci nous allons y constater les tendances générales vers le progrès, l'organisation et l'internationalisation. Les éléments de la vie intellectuelle comprennent les langues, les religions, les sciences pures et appliquées, les lettres et les arts, l'instruction et l'éducation, la presse.«<sup>13</sup> Die genaue Analyse der aufgelisteten Segmente führte ihn zu dem Schluß, daß im Rahmen des vorgeschlagenen Völkerbundes auch die intellektuelle Zusammenarbeit einen festen Platz erhalten mußte. So wie der langjährige französische Unterrichtsminister Jules Ferry dem Nationalstaat eine diesbezügliche Rolle zusprach, sollte die Staatenorganisation auf ihrer Ebene Verantwortung übernehmen. »L'organisation de l'outillage intellectuel de la communauté humaine devra être assigné comme objet à un des services de l'administration internationale.«<sup>14</sup> Ob in der Wissenschaft, der Literatur, der bildenden Kunst, dem Bildungswesen oder der Presse, überall ließen sich konkrete Aufgaben formulieren. Für Paul Otlet waren diese Anleitung zum praktischen Handeln. Gemeinsam mit Henri Lafontaine hatte er bereits 1895 ein »Institut international de Bibliographie« mit einem sehr weitreichenden Anspruch gegründet. »Ils s'étaient proposé un objet d'application limité, mais d'un intérêt à la fois pratique et universel. Fixer des principes uniformes de bibliographie et de bibliothéconomie, c'est contribuer à organiser et à développer la coopération internationale: oeuvre indispensable, non seulement au progrès des sciences, internationales par définition, mais aussi à toute tentative d'organiser et de grouper les forces intellectuelles du monde.«<sup>15</sup> Bis 1914 organisierten sie mehrere internationale Bibliographiekongresse und erweiterten ständig ihr Betätigungsfeld (Répertoire Bibliographique Universel, Archives Internationales, Musée International). 1910 gelang es ihnen, einen »Congrès mondial des Associations internationales« zu organisieren, aus dem dann die »Union des Associations internationales« mit einem ständigen Büro in Brüssel hervorging. »Le caractère essentiel de l'union est d'être une fédération ouverte à toutes les Associations Internationales (1914 existierten etwa 500 derartige Organisationen – W.S.), privées ou publiques, qui n'ont pas un »but lucratif« et poursuivent un objet d'ordre intellectuel ou moral, ou d'utilité publique; ...«<sup>16</sup> Ergebnisformen der Arbeit waren ein zweibändiges »Annuaire de la Vie internationale«, die Herausgabe der Monatsschrift »La Vie internationale« und die Durchführung eines weiteren Kongresses im Jahre 1913. Wichtige Anknüpfungspunkte für die Nachkriegszeit wurden mit einem Konventionsprojekt geschaffen, das »...attribue aux Associations internationales privées, en qualité de personnes coopératives, une existence juridique internationale, et qui crée un bureau international pour l'enregistrement et la publication de leurs statuts.«<sup>17</sup> Den größten Teil der Kosten für ihre Unternehmungen trugen Lafontaine und Otlet selbst. Finanzielle Unterstützung erhielten sie vor 1914 von der belgischen Regierung und der Carnegie-Stiftung. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß es sich um eine rein private Initiative handelte, die bei allem Aufwand und einigen bemerkenswerten Erfolgen weit davon entfernt war, dem widersprüchlichen Internationalisierungsprozeß auf kulturellem Gebiet eine tragfähige organisatorische Basis zu bieten. Dazu waren die politischen, juristischen und finanziellen Voraussetzungen nicht gegeben.

13 Paul OTLET, Les problèmes internationaux et la guerre. Tableau des conditions et solutions nouvelles de l'économie, du droit et de la politique, Genève, Paris 1916, S. 252.

14 Ebenda, S. 279.

15 MAE, SDN, secrétariat général, Vol. 1831, Bl. 118.

16 Ebenda, Bl. 119.

17 Ebenda.

## Nachkriegsinitiativen

Bis zum Ende des ersten Weltkriegs gehörte Frankreich offensichtlich nicht zu den treibenden Kräften in Richtung multilateraler kulturpolitischer Strukturen. Hauptmerkmal der auswärtigen Kulturpolitik der hier interessierenden Epoche war eine bilateral ausgerichtete Kulturpropaganda, die in der Fachliteratur hinreichend beschrieben ist. Aus dieser Sicht bewegten sich Frankreichs Vertreter, Bourgeois und Larnaude, auf der Konferenz zur Ausarbeitung der Völkerbundstatuten im Rahmen französischer Traditionen. Der am 28. April 1919 vom Plenum der Friedenskonferenz angenommene Text basierte auf einem anglo-amerikanischen Entwurf von C.J. Hurst und D.H. Miller. Er enthielt keine Aussage, ob und in welcher Form kulturpolitische Probleme in die Kompetenz der neuen Organisation gehören sollten. Im Verlaufe der von Miller bis ins kleinste Detail dokumentierten Kommissionsarbeit gelangte die Frage der intellektuellen Kooperation nur einmal auf die Tagesordnung. Da war es aber nicht die französische sondern die belgische Delegation unter Außenminister Hymans, die auf der 13. Sitzung vorschlug, den Artikel 21 des Satzungstextes (französische Version, Stand 14.2.) folgendermaßen zu erweitern: »Article A, les Etats associés assureront, dans la plus large mesure possible, le développement des relations internationales, morales, scientifiques et artistiques entre les divers peuples et prouveront, par tous les moyens, la formation d'une mentalité internationale. Il est créé, à cet effet, une Commission internationale de relations intellectuelles.«<sup>18</sup> Der Antrag fand offensichtlich keine Resonanz, denn in den veröffentlichten Protokollen blieb die Initiative unerwähnt. Miller schrieb dazu: »There seems to have been no discussion of the proposal; the minutes do not mention it at all, though the early draft of the English minutes says that it was brought forward and withdrawn.«<sup>19</sup> Demgegenüber insistierte Bourgeois immer wieder auf dem von seinem Land geforderten militärischen Instrumentarium. Auch wenn Henri Bonnet (ab 1930 I.I.C.I.-Direktor) später behauptete «... que tout le Pacte de la Société des Nations, par son préambule, par les fins qu'il se propose d'atteindre, trouve son âme et les sources de sa vie dans une coopération des esprits»<sup>20</sup>, enthielt die Satzung des Völkerbundes nur einen realen Ansatzpunkt für eine eventuelle Einbeziehung der Kulturpolitik. Artikel 24 regelte die Zuständigkeit des zu schaffenden Völkerbundsekretariats für internationale Büros und Fachverbände: »Alle früher durch Gesamtverträge errichteten internationalen Stellen werden vorbehaltlich der Zustimmung der vertragschließenden Teile dem Bunde untergeordnet. Alle anderen künftig gebildeten internationalen Stellen und mit der Regelung von Angelegenheiten internationalen Interesses betrauten Ausschüsse werden dem Bunde untergeordnet.«<sup>21</sup> Wie wenig bei der Abfassung des Artikels 24 an die kulturelle Zusammenarbeit gedacht worden war, verdeutlichte ein 1921 von Hanotaux, Mitglied der französischen Völkerbunddelegation, erstatteter Bericht über die allgemein zu beachtenden Grundsätze für die Unterstellung internationaler Büros. Unter den mehr als dreißig aufgezählten Einrichtungen befanden sich lediglich drei, die im weiteren Sinne in die wissenschaftlich-kulturelle Sphäre einzuordnen wären: die Berner Büros zum Schutze des geistigen Eigentums, die Internationale Geodätische Assoziation und die Internationale Erdbebenassoziation.<sup>22</sup> Die politischen Entscheidungsträger gestanden dem Völkerbund auf kulturellem Gebiet noch keine Funktion zu. Henri Bonnet behauptete später, es hätte dringendere Probleme gegeben: »Il y a, dans le classement des urgences qui s'est alors établi, arbitrairement peut-être, en tout cas sous la pression des nécessités, une des causes du retard apporté à la constitution d'organismes affectés au perfectionnement des relations intellectuel-

18 Amendements de la Délégation Belge, in: MILLER (wie Anm. 4) Bd. II, S. 522.

19 Ebenda, Bd. I, S. 350.

20 Henri BONNET, L'Oeuvre de l'Institut International de Coopération Intellectuelle, in: Recueil des cours. 1937 III, Tome 61 de la collection, Paris 1938, S. 462f.

21 Reichsgesetzblatt 1919, Vertrag von Versailles, Berlin 1919, S. 743.

22 Vgl. Journal Officiel, Société des Nations (Assemblée), Débats 1921, S. 759ff.

les.«<sup>23</sup> Ein Beleg für die bewußte Zurückstellung der Problematik fand sich in den Akten des Quai d'Orsay jedoch nicht.

Aus der innenpolitischen Konstellation heraus war mit einem völkerbundpolitischen Kurswechsel Frankreichs in dieser Periode nicht zu rechnen, denn die Wahlen vom November 1919 hatten die Positionen der regierenden Konservativen gestärkt. Die Führungsriege der sich nun »Bloc national« nennenden Koalition trug weiterhin die außenpolitische Konzeption, Sicherheit durch Hegemoniebestrebungen auf dem europäischen Festland und einen harten Kurs gegenüber Deutschland zu erlangen. Auf internationaler Ebene gab es dagegen signifikante Veränderungen. Vor allem die Weigerung des amerikanischen Senats, den Versailler Vertrag zu ratifizieren, hatte 1920 weitreichende Konsequenzen für die französische Außen- und Völkerbundpolitik. Die kriegsentscheidende Macht war nun nicht im von ihr selbst maßgeblich initiierten Staatenbund vertreten. Zudem wurden Frankreichs Garantieverträge mit den USA und Großbritannien hinfällig und die Kriegsschuldenfrage entwickelte sich zu einem akuten, den Handlungsrahmen einengenden Problem. Der Quai d'Orsay versuchte, den sich stauenden Schwierigkeiten mit traditionell-machtpolitischen Mitteln, u. a. durch die Bildung eines Bündnissystems mit den ostmitteleuropäischen Staaten zu begegnen.

Zur gleichen Zeit verstärkten zahlreiche nichtstaatliche Organisationen ihre seit Beginn der Pariser Friedenskonferenz spürbaren Bemühungen, doch noch Elemente intellektueller Zusammenarbeit unter dem Dach des im Aufbau befindlichen Völkerbundes einzurichten. Pedro Rossello hat die betreffenden Aktivitäten im Bildungssektor ausführlich beschrieben.<sup>24</sup> Für die französische Politik spielten zwei andere Initiativen eine zentrale Rolle. Da waren zunächst wieder die beiden Belgier Paul Otlet und Henri Lafontaine, die ihre »Union des Associations internationales« gleich nach dem Krieg völlig auf den Völkerbund ausgerichtet hatten. Delegiertenrat und dritter Weltkongreß (1920) bestätigten diese Linie. In Brüssel erhielten sie im gleichen Jahr von der belgischen Regierung Räumlichkeiten für all ihre Unternehmungen. Unter der Bezeichnung »Centre international« wurden dort die von den beiden geschaffenen Vorkriegsstrukturen (Bibliographisches Institut, Dokumentationszentrum, Büro der UAI) und die neu initiierte »Université internationale«, eine elitäre Bildungseinrichtung, an der ein internationaler Lehrkörper Führungspersonal (»... une élite de quelques milliers d'esprits, capables de collaborer à l'entente internationale et à l'œuvre de la Société des Nations«<sup>25</sup>) aller interessierten Länder ausbilden sollte, zusammengefaßt. An den Völkerbund wandten sich beide gleich nach Inkrafttreten der Satzung mit der Bitte, sowohl die Union und die Universität materiell zu unterstützen als auch den Druck eines »Code des vœux et résolutions des congrès internationaux« zu bezuschussen. Der Bundesrat bewilligte noch 1920 einen Druckkostenzuschuß in Höhe von 1500 Pfund Sterling. Damit waren die beiden Belgier ihrem erklärten Ziel, einer universalen Weltkulturorganisation mit festen Beziehungen zum Völkerbund, scheinbar wichtige Schritte nähergekommen. Sie verfügten über eine relativ feste Organisation mit klaren inhaltlichen Schwerpunkten; angemessene Räumlichkeiten waren ebenso vorhanden wie moralische plus (geringe) materielle Unterstützung durch die belgische Regierung und den Völkerbund. Zudem kann von einem gewissen Bekanntheitsgrad ihrer Unternehmungen in den Völkerbundorganen ausgegangen werden, wo Senator Lafontaine persönlich präsent war.

In Frankreich selbst ging Mitte 1920 von der »Association Française pour la Société des Nations« (AFSN) eine praktische Initiative aus. Ihr Exekutivkomitee, das unter Leitung des Rektors der Pariser Universität, Paul Appell, stand und dem weitere Wissenschaftler, der Senator Alexandre Bérard, der Abgeordnete Justin Godart, der Präsident des Kassationsge-

23 BONNET (wie Anm. 20) S. 462.

24 Vgl. ROSSELLO (wie Anm. 11) S. 132ff. Hier wird Léon Bourgeois' Rolle hoch eingeschätzt, was offensichtlich im Widerspruch zu seinen Handlungen in der Satzungskommission steht.

25 MAE, SDN, secrétariat général, Vol. 1831, Bl. 120.

richtes und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehörten, beschloß auf seiner Tagung am 21. Juni, ein von Julien Luchaire (Cabinet du Ministre de l'Instruction publique) vorgelegtes Konventionsprojekt (Präambel plus 21 Artikel) zur Schaffung eines ständigen Organs der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung auf dem Gebiet der Bildung, der Wissenschaften und der Künste zu unterstützen. Im verabschiedeten Text hieß es: »1. Le Conseil de l'Association française émet le vœu que la Société des Nations comprenne à bref délai une organisation permanente du Travail intellectuel analogue à celle qui existe déjà pour le Travail Manuel. 2. A titre d'exemple et sans prétendre dicter des solutions l'Association française croit devoir soumettre le projet soigneusement étudié par M. Julien Luchaire, avec collaboration de M. Charles Garnier, au Secrétariat Général de la Société des Nations en priant celui-ci de s'en inspirer dans la mesure qu'il jugera opportune, lorsqu'il s'agira de créer le Bureau des Relations intellectuelles et de l'Education.«<sup>26</sup> Am 8. Juli 1920 wandte sich Paul Appell mit einem in diesem Sinne intendierten Schreiben, offensichtlich unter Umgehung des Außenministeriums, an Sir Eric Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, der seinerseits die Information am 20. Oktober an die Ratsmitglieder weiterleitete. Der Vorschlag befand sich nun in den Akten und bedurfte des Aufgreifens durch die politischen Entscheidungsträger. Im Quai d'Orsay, wo das Dokument erst unter dem Signum Drummonds auftauchte, sah man jedoch weiterhin keinen Handlungsbedarf.

Als am 18. Dezember 1920 erstmals die intellektuelle Zusammenarbeit auf der Tagesordnung der Völkerbundversammlung stand, war kein anderer als der Belgier Lafontaine zum Berichterstatter der Kommission Nr. 2 bestellt worden. Er konstatierte den enormen Aufschwung, den die internationale Zusammenarbeit besonders der Wissenschaftler genommen hatte und erklärte: »La deuxième Commission a examiné le problème et, approuvant le Conseil pour l'aide qu'il a déjà apportée à différentes œuvres internationales, notamment à l'université Internationale qui a été inaugurée au mois de septembre dernier, elle lui demande de continuer à participer dans la plus large mesure possible aux efforts tendant à réaliser l'organisation internationale du travail intellectuel; elle invite à suivre avec une bienveillante attention les travaux actuellement en cours dans ce but, à leur accorder éventuellement son haut patronnage et à présenter à l'Assemblée prochaine un rapport circonstancié sur l'influence éducative qu'ils sont appelés à exercer sur la formation d'un large esprit d'entente et de coopération mondiale et sur l'utilité qu'il pourrait y avoir à les constituer en un organisme technique rattaché à la Société des Nations.«<sup>27</sup> Eine Annahme der in diesem Sinne formulierten Resolution mußte als großer Erfolg der belgischen Bemühungen, die intellektuelle Kooperation zu initiieren und nach Brüssel zu ziehen, gewertet werden. Eine französische Wortmeldung gab es dazu erstaunlicherweise nicht. Widerstand kam allein vom Vertreter Großbritanniens (Barnes), der zur Begründung seiner ablehnenden Haltung Formfragen anführte, den angeblich mißbräuchlichen Versuch, eine neue technische Organisation zu gründen kritisierte und die Nutzung vorhandener Strukturen forderte. Er scheiterte jedoch mit dem Versuch, die intellektuelle Zusammenarbeit von der Tagesordnung abzusetzen.

Die auch mit französischer Unterstützung verabschiedete Resolution verursachte in erster Linie, daß man sich 1921 auf den verschiedenen Ebenen der Völkerbundstruktur verstärkt mit diesen Fragen zu beschäftigen begann, was wiederum nicht ohne Folgen für die Diskussion in Frankreich bleiben konnte. Bereits im Januar bemühte sich die AFSN, die im Oktober des Vorjahres auf dem Mailänder Kongreß der Organisationen zur Förderung des Völkerbundes erfolgreich für ihr Konzept (Initiative P. Appell/J. Luchaire) geworben hatte, auch auf nationaler Ebene um Unterstützung für ihr Wirken zugunsten einer internationalen Organisation für geistige Zusammenarbeit. Die »Confédération des Travailleurs Intellectuels« reagierte positiv auf das Kooperationsangebot, benannte vier Verbindungsleute (Romain Coolus,

26 Ebenda, Bl. 5.

27 Ebenda, Bl. 17.

Henry de Jouvenel, Emile Borel, Henry de Wendel) und ab Februar wurden die Aktionen koordiniert. Vom »Institut de France« kam Widerstand gegen eine internationale Organisation auf kulturellem Gebiet, da man fürchtete, sich darin ständig einer englisch und spanisch sprechenden Mehrheit beugen zu müssen. Unklar und aus den Akten nicht zu entnehmen ist in diesem Zusammenhang, ob Léon Bourgeois direkt an den Diskussionen beteiligt war und wenn nicht, auf welchem Wege er über deren Ergebnisse informiert wurde. Höchstwahrscheinlich geschah dies durch Julien Luchaire. Auf der Ratstagung des Völkerbundes Anfang März wurde jedenfalls erstmals deutlich, daß Léon Bourgeois sich für die auf französischer Seite entwickelten Ideen zu engagieren begann.

Ende Januar, im Vorfeld der Ratstagung, hatte Generalsekretär Drummond ein Memorandum vorgelegt und darin die alternativen Konsequenzen des Dezemberbeschlusses aufgezeigt. »Cette motion peut avoir deux sens: (a) faire de l'U.A.I. déjà existante un organisme technique, et la rattacher à la Société des Nations, ou bien, (b) créer un organisme nouveau.« In welche Richtung sich seiner Meinung nach die Dinge entwickeln sollten, wurde aus den folgenden Sätzen ersichtlich: »Ce dernier projet, si souhaitable qu'en paraisse la réalisation, peut sembler prématuré pour deux raisons: d'abord, il est douteux qu'un grand nombre de nations consentent à voir leur activité littéraire et artistique plus ou moins dirigée par un organisme central; ensuite parce que l'Assemblée s'opposerait sans doute à la création d'un nouvel et vaste organisme technique, en particulier, si celui-ci n'a pas une œuvre immédiate et tangible à accomplir.« Unter diesen Umständen erhielt das U.A.I.-Projekt den Vorzug: »...; la Société pourrait, en attendant, prouver sa sympathie et l'intérêt qu'elle porte au projet, en donnant son appui moral et, à l'occasion, son appui matériel, au développement de l'Union des Associations Internationales.«<sup>28</sup> Auf der Ratstagung Anfang März 1921 erstattete der Spanier Quinonès de Léon den Bericht zur intellektuellen Zusammenarbeit, ohne wesentlich neue Argumente in die Diskussion zu werfen. Er beschrieb die den privaten Organisationen bereits vom Völkerbund gewährte Unterstützung, ging auf das Projekt der Université Internationale ein und verwies auf die beiden für die Beförderung der intellektuellen Kooperation gangbaren Wege. Der Bericht endete mit dem Vorschlag, eben diese Frage weiter zu verfolgen und zum Gegenstand einer späteren Ratstagung zu machen.<sup>29</sup> Léon Bourgeois war, auch darauf wurde im Bericht des Spaniers verwiesen, zum Fürsprecher der Schaffung neuer Strukturen geworden. Belege für vorherige Absprachen darüber mit dem Quai d'Orsay fanden sich aber nicht. Der Eindruck, daß es sich hier um eine persönliche, höchstwahrscheinlich von Julien Luchaire (also vom Kultusministerium) beeinflusste Initiative des französischen Vertreters im Völkerbund handelte, wird durch die nachfolgenden Ereignisse verstärkt.

### Streit in der französischen Administration

Ein von Léon Bérard (Kabinett des Kultusministers) unterzeichnetes Schreiben an das Außenministerium markierte am 30. April den interministeriellen Debattenbeginn über Sinn und Form eines Engagements für die intellektuelle Kooperation im Völkerbund. Darin hieß es, der Völkerbund hätte bis dahin noch nichts auf intellektuellem Gebiet wirklich arrangiert. »Les relations entre les milieux cultivés des divers Etats, membres de la Société, sont en général très restreintes, mal coordonnées, parfois inexistantes. Il serait donc heureux que la France s'assurât l'initiative de proposer l'établissement d'un organe chargé de développer les relations intellectuelles des divers milieux scolaires et universitaires, scientifiques et artistiques du monde entier. La gloire de notre pays, sa situation au carrefour des diverses civilisations l'amènent selon moi à prendre cette initiative et l'on ne pourrait lui refuser d'établir chez lui le siège de cet organisme; ce serait une facilité précieuse dont nous bénéficierions et qui nous

28 Ebenda, Bl. 34.

29 Vgl. ebenda, Bl. 37-42.

permettrait de contribuer à l'expansion de la pensée française dans les deux mondes.« Die positive Aufnahme des U.A.I.-Projektes durch Rat und Versammlung wurde durch die Behauptung abgewertet, sie wäre nur durch das Fehlen einer Alternative zustande gekommen. Eine solche Alternative müsse von Frankreich geboten werden, wozu sich der von Paul Appell vorgeschlagene Text eigne. »Vous pourrez le modifier et lui donner le caractère qui convient à un document diplomatique.« Im Kultusministerium schien man sich seiner Sache recht sicher: »Une fois établi, le texte en question serait éventuellement présenté à l'acceptation du Conseil des Ministres. Il ne resterait plus qu'à le déposer à la prochaine réunion de l'Assemblée de la Société des Nations où l'autorité de la délégation française et l'éloquence de M. Viviani ne manqueront pas de nous assurer, par son adoption, un succès nouveau pour la cause de l'idée française.«<sup>30</sup> Widerstand von französischer Seite wurde offensichtlich nicht erwartet. Der kam aber vom Quai d'Orsay. Kein geringerer als Aristide Briand, zu dieser Zeit Regierungschef und Außenminister, unterzeichnete das ablehnende Antwortschreiben vom 30. Mai 1921. »En résumé s'il apparaît clairement que des efforts peuvent être utilement tentés, dans l'ordre international, en faveur du travail intellectuel, il semble inutile et même dangereux de leur donner pour instrument un organe administratif officiel. Les initiatives privées doivent être coordonnées mais non pas remplacées par des Offices permanents dont l'activité risquerait d'étouffer les éléments indispensables au progrès des sciences et des arts: la liberté et l'indépendance.«<sup>31</sup> Nicht nur, daß man im Außenministerium die Privatinitiativen grundsätzlich bevorzugte, auch die mehrheitliche Haltung im Völkerbund wurde anders eingeschätzt und deshalb einer französischen Initiative nur geringe Erfolgchancen eingeräumt. Die vorgeschlagenen drei Büros erhielten unterschiedliche Bewertungen. Das für Bildungsfragen wurde in Bausch und Bogen abgelehnt: »Il me paraît difficile de soumettre les relations scolaires à un organisme central. (...) En outre les échanges scolaires revêtent un caractère plus ou moins accentué de propagande incompatible avec l'impartialité qui s'impose à un bureau international.«<sup>32</sup> Das Wissenschaftsbüro erschien nützlich aber zu kostenaufwendig, das Kunstbüro gegenstandslos. Allein einem bibliographischen Zentralbüro brachte man, ohne an eine Neugründung zu denken, Sympathie entgegen: »Il existe à Bruxelles un institut international de bibliographie. Si cet institut fonctionne d'une manière satisfaisante il serait sans doute avantageux de lui donner l'appui moral et matériel de la Société des Nations: ...«<sup>33</sup>

Das war ein herber Rückschlag für die Protagonisten der intellektuellen Zusammenarbeit à la française um Léon Bourgeois. Neue Unterstützung erhielten sie aber bald durch Pierre de Margerie, den französischen Botschafter in Belgien, der sich sehr negativ über H. Lafontaine und P. Otlet und deren Organisation äußerte. Besonders ihre angebliche Unterstützung antikolonialer Bewegungen stieß ihm auf.<sup>34</sup> Wirkliche Bewegung kam in die innerfranzösische Diskussion erst wieder Ende August 1921. Diesmal war es das Außenministerium, das sich in Vorbereitung der anstehenden Ratssitzung des Völkerbundes mit der Bitte um Stellungnahme zu den inhaltlichen Schwerpunkten an das Kultusministerium wandte. Zwei Fragen sollten, den Vorgaben des Völkerbundsekretariats entsprechend, beantwortet werden: »1. Ya-t-il lieu de convoquer une Conférence internationale en vue de l'organisation du travail intellectuel (proposition de l'Union des associations internationales)? 2. Ya-t-il lieu de créer un organisme permanent s'occupant du travail intellectuel, soit en transformant l'union des associations internationales, soit en créant un organisme nouveau?«<sup>35</sup> Die Neuauflage des Briefwechsels erfolgte nicht ohne Bezugnahme auf den vorherigen. Im Quai d'Orsay fehlte bis dahin der

30 Ebenda, Bl. 43f. Vermutlich die Vorlage für diesen Brief nebst Anlagen in: MAE, PA-AP, 029-Bourgeois, Vol. 42, Bl. 97-110.

31 MAE, SDN, secrétariat général, Vol. 1831, Bl. 67.

32 Ebenda, Bl. 65f.

33 Ebenda, Bl. 66.

34 Vgl. ebenda, Bl. 68f.

35 Ebenda, Bl. 93.

Rücklauf, ob die im Mai geäußerten Bedenken vom Kultusministerium geteilt wurden. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und suggerierte eine Annäherung der Standpunkte. Das Büro für Bildungsfragen sollte auf der Stufe eines Informations- und Dokumentationszentrums gehalten werden. »Mais l'organisation internationale pourrait difficilement dépasser ce premier stade. Il appartient à chaque nation de régler l'Enseignement d'après son caractère national, ses principes, ses recourses, ses vues d'avenir.« Auch die anderen Vorschläge wurden, der Argumentation des Quai d'Orsay folgend, abgeschwächt aber grundsätzlich aufrechterhalten. Die Beantwortung der beiden konkreten Fragen geschah im gleichen Sinne: »1. Il peut être convoqué une conférence internationale à condition que son programme soit nettement établi et ne porte que sur les questions pour lesquelles un accord international est souhaitable et peut-être efficace; 2. L'organisme permanent sera déterminé précisément par le programme limitatif prévu. Son activité et sa forme seraient par là même délimitées. Etant donné le point de vue auquel il paraît nécessaire de se placer, un organisme nouveau serait préférable.« Die Notwendigkeit der vom Völkerbund und dem Außenministerium bis dahin favorisierten intellektuellen Kooperation auf nichtstaatlicher Ebene wurde formal akzeptiert. »Mais la conférence et l'organisme permanent auraient pour objet essentiel de permettre à ces efforts particuliers de se rencontrer et ensuite de collaborer d'une façon régulière.«<sup>36</sup>

Aus der beschriebenen Situation resultierte ein relativ großer Spielraum für die französische Delegation in Genf, den Léon Bourgeois zu nutzen verstand, um eine neue Etappe der Schaffung von Völkerbundstrukturen für die intellektuelle Kooperation einzuleiten und gleichzeitig die belgischen Initiativen in den Hintergrund zu drängen. Im Rat wurde Anfang September 1921 mehrheitlich sein Vorschlag angenommen, eine Kommission zu bilden »pour l'étude des questions internationales de Coopération intellectuelle et d'Education, qui ferait un rapport sur les mesures que la Société pourrait prendre afin de faciliter les échanges intellectuels entre les peuples.«<sup>37</sup> Dies stieß jedoch wieder auf heftige Bedenken im Quai d'Orsay. Nachdem die 5. Kommission der Bundesversammlung den Resolutionsentwurf von Bourgeois angenommen und Gilbert Murray zum Berichterstatter für die Plenartagung bestellt hatte, hieß es dort: »Il semble que le projet de résolution que le Conseil a adopté le 5 septembre en vue de créer dès maintenant une commission de savants pour l'étude des questions internationales intellectuelles et d'éducation, risque de mettre les Gouvernements en présence de propositions plus ou moins précises, sans qu'un programme préalable ait reçu leur assentiment.«<sup>38</sup> Zudem bekräftigte Berthelot in seinem Schreiben die Argumentationslinie vom Mai. Léon Bourgeois reagierte darauf sehr gereizt, ohne zu wissen, daß der wirklich harte Konfrontationskurs bereits Anfang September durch Aristide Briand gebrochen worden war, der die entsprechenden Vorlagen ignoriert hatte.<sup>39</sup>

Als die 2. Bundesversammlung am 21. September 1921 den eingeschlagenen Kurs und damit die Weichenstellung in die vom Franzosen Bourgeois vorgeschlagene Richtung (außer in Bildungsfragen) bestätigte, geschah das noch immer gegen den Willen wichtiger Entscheidungsträger im französischen Außenministerium. Unterstützung kam erneut von Léon Bérard vom Kultusministerium, der in einem Schreiben vom 27. September darauf hinwies, daß mit der Annahme des Berichtes von Léon Bourgeois durch die Völkerbundversammlung eine Situation entstanden war, in der eine ablehnende Haltung den französischen Interessen nur schaden könne. Während im Völkerbundsekretariat die Vorbereitung der Kommissionsgründung (Beginn der Personaldebatte im November) weiterlief, wuchs im Quai d'Orsay allmählich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und den französischen Vertretern in Genf. Anlaß für eine erste Beratung wurde die im Januar 1922 anstehende

36 Ebenda, Bl. 103.

37 Zitiert nach: L'Institut International de Coopération Intellectuelle 1925–1946, Paris 1946, S. 13.

38 MAE, SDN, secrétariat général, Vol. 1831, Bl. 127.

39 Vgl., ebenda, Bl. 108 und 111 f.

Ratstagung des Völkerbundes, wo die endgültige Entscheidung über Form und Arbeitsgebiete der Kommission für intellektuelle Kooperation annonciert war. Für die wichtige interministerielle Sitzung, die in den Diensträumen von Léon Bourgeois stattfinden sollte, faßte Léon Bérard am 23. Dezember 1921 die Positionen seiner Dienststelle zusammen: »En résumé, j'estime: 1. Qu'il serait inopportun et imprudent de combattre la résolution déjà votée par l'Assemblée de la Société des Nations, et par conséquent, je juge indispensable que la France soit représentée dans la commission. 2. que cette commission ou la conférence internationale qu'elle préparerait pourrait examiner les moyens de venir en aide aux organisations internationales déjà existantes d'informations et de recherches scientifiques. 3. qu'elle pourrait également étudier les moyens de faire connaître, de répandre et d'échanger les productions intellectuelles de toutes sortes chez les différentes nations.«<sup>40</sup> Dieser Haltung schlossen sich letztlich auch die Vertreter des Außenministeriums an. Sie bestätigten im Nachhinein die Vorgehensweise von Léon Bourgeois und stellten die Notwendigkeit französischer Präsenz in das Zentrum ihrer Argumentation. Der inhaltliche Anspruch war eher bescheiden. In einer Note vom 27. Dezember 1921 hieß es an zentraler Stelle: »Cette Commission ne devra pas s'occuper des questions d'éducation.« und dann: »La Commission pourra examiner les moyens de faciliter la communication des informations scientifiques, à condition toutefois que la Société ne cherche pas à substituer une institution nouvelle aux organisations déjà existantes où la France tient le plus souvent une place prépondérante; mais la Société pourrait apporter à celles-ci son appui matériel et moral. Les travaux de la Commission pourraient s'orienter dans le sens d'un développement des communications entre savants, auteurs ou artistes, ainsi que des moyens de travail qui leur sont nécessaires (bibliothèques, répertoires, offices de renseignements).«<sup>41</sup> Der folgerichtig erneut ausbrechende Streit mit Léon Bourgeois über die mögliche Einbeziehung von Bildungsfragen mündete zunächst in einer Kompromißformel: »Finalement, il fut décidé que le représentant de l'Instruction publique préparerait un programme qui n'exclurait pas l'Enseignement, tout en prenant les précautions nécessaires.«<sup>42</sup>

Wie groß zu dieser Zeit der Einfluß der beiden Völkerbundsvertreter auf die innerfranzösische Entscheidungsfindung war, zeigte sich auch in der Personalfrage. Während beide Ministerien in Absprache mit Präsident Millerand die Pariser Professoren Bedier und Lacroix favorisierten, entschieden sich Bourgeois und Viviani für den Philosophen Henri Bergson. Über ihn urteilte man im Quai d'Orsay: »Le prestige de son nom est universel: mais c'est un esprit avant tout méditatif, peu préparé aux questions pratiques. Mis au courant des questions de ce genre qui pourraient se présenter, M. Bergson avait un instant songé à se récuser. Il laissa du moins entendre qu'il s'informerait auprès de qui de droit.«<sup>43</sup> Anfang Januar 1922 waren auf französischer Seite die Entscheidungen darüber gefallen, ob und auf welchen Gebieten die intellektuelle Kooperation im Rahmen des Völkerbundes zu erstreben war. Die ursprünglich sehr konkreten Projekte blieben dabei zugunsten allgemeiner Richtlinien auf der Strecke. Erstaunlicherweise ist eine Beteiligung des 1920 gegründeten Service des Oeuvres françaises à l'étranger an diesem Prozeß nicht nachweisbar. Im Quai d'Orsay war für diese Fragen allein der Service pour la Société des Nations zuständig, der sich nach anfänglichem Widerstand maßgeblich auf die Zuarbeiten aus dem Kabinett des Kultusministers (Bérard/Luchaire) stützte. Die Koordinierung der auswärtigen kulturpolitischen Aktionen der verschiedenen privaten Organisationen und Ministerien blieb institutionell weiterhin ungeregt.<sup>44</sup> Der im Januar 1922 vollzogene Regierungswechsel – Raymond Poincaré löste Briand als Regierungschef und Außenminister ab – veränderte die beschriebene innenpolitische Konstellation nicht.

40 Ebenda, Bl. 148.

41 Ebenda, Bl. 150.

42 Ebenda, Bl. 233.

43 Ebenda, Bl. 232.

44 Vgl. SALON (wie Anm. 2) S. 191.

## Die Gründung der C.I.C.I.

Auf der Ratstagung im Januar 1922 wurde endgültig die Gründung der Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit beschlossen. Sie sollte den Status eines Konsultativorgans des Bundesrates erhalten und ihre Mitglieder sollten von diesem aufgrund persönlicher Eignung und nicht als Repräsentanten ihrer Staaten berufen werden. In dieser letzten Frage zeigte sich der Generalsekretär des Völkerbundes unnachgiebig. Die französische Delegation telegraphierte nach Paris: »Un gros effort est tenté par le Secrétaire pour obtenir la désignation des membres de la Commission de la coopération intellectuelle par le Conseil lui-même et non par les Gouvernements invités à s'y faire représenter. Le Secrétaire soutient cette procédure en vue d'introduire dans la Commission des éléments recrutés dans les pays qui, tels que l'Allemagne, ne font pas partie de la Société.«<sup>45</sup> Eine daraufhin im Quai d'Orsay angefertigte Analyse belegte, daß dieses Berufungsverfahren bereits bei 14 verschiedenen Kommissionen und Komitees angewendet wurde. Lediglich für sechs Kommissionen bestimmten allein die Regierungen ihre Vertreter und für drei weitere gab es gemischte Berufungsverfahren. Der Sekretariatsvorschlag war folglich akzeptabel. Für die französische Administration resultierte daraus nur in zwei Richtungen Handlungsbedarf. Einerseits schaute man sich die ausländischen Kandidaten sehr genau an: »Les notabilités intellectuelles étrangères les plus favorables à la France furent signalées et leurs candidatures appuyées.«<sup>46</sup> Andererseits wollte man sich darum bemühen, den französischen Vertreter möglichst eng in die eigenen Strukturen einzubinden.

Erst im Mai 1922 fiel im Bundesrat die Entscheidung über die definitive Zusammensetzung der Kommission. Aus der im April zusammengestellten, 58 Personen umfassenden Kandidatenliste wählte dieses Gremium elf namhafte Wissenschaftler aus (ein zwölfter Platz blieb einem USA-Vertreter reserviert) und legte den 1. August als Termin sowie Genf als Ort für die konstituierende Sitzung fest. Unter den vom Bundesrat berufenen Persönlichkeiten befanden sich neben dem Briten Gilbert Murray, dem Schweizer Gonzague de Reynold und dem Deutschen Albert Einstein auch Henri Bergson und Marie Curie-Skladowska. Während Bergson, darauf wurde bereits verwiesen, der Wunschkandidat der französischen Völkerbundfunktionäre war, ging von diesen in bezug auf die Berufung der berühmten Physikerin keine Initiative aus. In späteren Auseinandersetzungen fragten sich vor allem die angelsächsischen Kontrahenten oft, wen die in Paris lebende und arbeitende Polin in der Kommission vertrat. Diese Frage stellte sich noch nicht, als es darum ging, international renommierte Geisteswissenschaftler für die Kommission zu gewinnen. Der Bundesrat bemühte sich bei der individuellen Berufung lediglich darum, alle wichtigen Disziplinen und Kulturkreise vertreten zu sehen. Während Frankreich der Einbeziehung von Intellektuellen aus Ländern, die dem Völkerbund nicht angehörten, generell positiv gegenüberstand, sah das im Falle Deutschlands etwas komplizierter aus. Als das Sekretariatsmitglied Comert im Juli 1922 eigens nach Berlin reisen wollte, um den zögernden Einstein doch noch für die Kommission zu gewinnen, provozierte das eine klare Stellungnahme des Quai d'Orsay. »M. Comert a été avisé au moment du départ du train le 24 juillet, que M. Poincaré ne s'opposait pas au voyage mais recommandait: 1. de ne pas insister auprès d'Einstein; 2. si Einstein maintenait son refus de ne plus faire de demande à aucun Allemand.«<sup>47</sup>

In der französischen Administration ging man anfänglich davon aus, durch zwei Mitglieder in der Kommission präsent zu sein. Sorgen bereitete vor allem die Frage, was zu tun war, um Alleingänge der beiden zu verhindern. »Depuis leur désignation, M. Bergson et Madame Curie se sont peu préoccupés de recueillir les conseils et les recommandations des Affaires

45 MAE, SDN, secrétariat général, Vol. 1831, Bl. 182.

46 Ebenda, Bl. 233.

47 Ebenda, Vol. 1843, Bl. 11.

Etrangères et de l'Instruction Publique. Madame Curie n'est en rien familière avec les questions à étudier; elle s'inquiète d'être ainsi troublée dans ses travaux; elle suivra certainement la direction de M. Bergson.«<sup>48</sup> Die Bezugsperson blieb also Bergson. Von ihm erwartete man, daß er ständigen Kontakt zu den Ministerien hielt und deren Instruktionen befolgte. Doch bereits die Auswahl seines engsten Mitarbeiters traf er ohne Rücksprache im Außenministerium. Er entschied sich für Julien Luchaire, den Mann aus dem Kultusministerium, der für seine Aktivitäten und Beziehungen im Milieu des Völkerbundes bekannt war. Auf dessen Anteil an der Erarbeitung der ersten französischen Vorschläge für die internationale intellektuelle Zusammenarbeit wurde bereits verwiesen. Er sollte in den folgenden Jahren, erst als technischer Berater der C.I.C.I. dann als I.I.C.I.-Direktor, zu einer Schlüsselfigur auf diesem Gebiet werden.

Im Vorfeld der konstituierenden Sitzung der Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit meldete die Berner Botschaft dem Quai d'Orsay sowohl die erwarteten Themen als auch verstärkte Aktivitäten der Esperantisten und Gefahr in Verzug, daß diese die neue Organisation für ihre Ziele nutzen könnten. Im schweizer Delegierten de Reynold sah man einen Verbündeten, denn der hatte sich gegen die Verbreitung des Esperanto engagiert sowie seiner Furcht vor einer angelsächsischen Blockbildung (Großbritannien, Indien, Norwegen, Deutschland, USA, Belgien) in der Kommission Ausdruck verliehen. »Il serait possible que ce groupe tentât d'engager l'avenir par quelques grandes déclarations de principe prises dans l'enthousiasme idéaliste du premier contact«<sup>49</sup> schrieb der Botschafter am 11. Juli und schloß seine Ausführungen mit der Empfehlung, die französischen Vertreter diskret zu informieren und ihnen die notwendigen Instruktionen zu erteilen. Neben der Diskussion unbedenklicher Themen, wie der Organisation von Bibliotheken und der Schaffung von Erleichterungen für den internationalen geistigen Austausch, erwartete man nun im Quai d'Orsay auch das Betreten unerfreulicher Problemfelder durch das Intellektuellenforum. »Deux questions qui ont des liens discrets doivent avant tout attirer l'attention. Il semble que certains personnalités et certains groupements comptent sur la Commission de coopération, sinon pour organiser, du moins pour préparer adroitement une sorte de syndicalisme intellectuel mondial. C'est un rêve; mais ce rêve peut entraîner à une politique intellectuelle et à des mesures de détail dangereuses à tous égards et finalement nuisibles à notre prestige spirituel.« Die zweite Frage stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der ersten: »Un des moyens, le plus efficace sans doute et le plus séduisant pour réaliser peu à peu cette conception, c'est la reconnaissance officielle par la Commission d'abord, par l'Assemblée de la S.D.N. ensuite d'une langue auxiliaire internationale, en l'espèce l'esperanto.«<sup>50</sup> In der Sprachenproblematik gab es von Anfang an keine Kompromisse. Bergson wurde vom Kultusministerium, so wie vom Direktor der politischen Abteilung des Außenministeriums gefordert, unmißverständlich angewiesen, die Esperanto-Debatte in der Kommission mit aller Konsequenz zu verhindern. Es mahnte ihn in einem Schreiben vom 30. Juli zudem, universitäre Fragen, die als strikt national angesehen wurden (die vorher bereits abgelehnte Université Internationale blieb unerwähnt), nicht zum Feld internationaler Regelungen werden zu lassen. Da das in gewissem Widerspruch zu den Absprachen mit Léon Bourgeois stand, hieß es begründend angefügt: »La France a beaucoup fait, plus que bien d'autres nations, pour accueillir les étrangers, pour favoriser leurs études et leurs travaux chez elle; elle a le droit et le devoir de conserver une liberté dont elle a toujours usé de la façon la plus large possible.«<sup>51</sup> Die Positionen der innerfranzösisch streitenden Parteien waren noch nicht auf einen Nenner gebracht und die inneren Entscheidungsstrukturen noch im Aufbau. Henri Bergson und Marie Curie konnten

48 Ebenda, Vol. 1831, Bl. 233f.

49 Ebenda, Vol. 1843, Bl. 8.

50 Ebenda, Vol. 1831, Bl. 235.

51 Ebenda, Bl. 255f.

relativ unabhängig agieren, da sie den französischen Dienststellen im juristischen Sinne nicht rechenschaftspflichtig waren. Im Quai d'Orsay hieß es deshalb Anfang August 1922: »Dans l'avenir, il conviendra de prévoir une action plus directe et plus efficace des départements des Affaires Etrangères et de l'Instruction Publique sur les membres français de la commission de coopération et une information plus précise pour tous les travaux de cette commission.«<sup>52</sup>

## Schluß

Frankreichs Haltung gegenüber der Herausbildung von Strukturen intellektueller Zusammenarbeit im Völkerbundsystem blieb weiterhin ambivalent. Privatpersonen und Völkerbundsekretariat hatten offensichtlich einen größeren Spielraum als bislang allgemein angenommen. Die französischen regierungsoffiziellen Aktivitäten trugen im Anfangsstadium einen begrenzenden Charakter gegenüber den sich »von unten«, d. h. auf Basis von Privatinitiativen, entwickelnden und auf Einbindung in das Völkerbundsystem zielenden Strukturen. Handlungsauslöser war die anfänglich nur von einzelnen Politikern und Intellektuellen getragene Angst, auf einem Gebiet Positionsverluste zu erleiden, das traditionell als französische Domäne angesehen wurde. Aus der Sicht des Quai d'Orsay war zuerst klar, was verhindert werden sollte. Dazu gehörte die Schaffung wenig beeinflussbarer Institutionen mit weitreichenden Einflußmöglichkeiten auf die internationalen Beziehungen und auf Gebiete nationalstaatlicher Verantwortung wie dem Bildungswesen. Auch das revolutionäre Kommunikationsmittel Esperanto und die multilaterale Universität standen aus analogen Gründen auf der Ablehnungsliste.

Die ursprüngliche Idee, dem Bundesrat ein Intellektuellenforum zur Seite zu stellen, welches sich von den Notwendigkeiten des internationalen geistig-kulturellen Lebens und nicht von nationalen Interessenlagen leiten lassen sollte, wurde von den Berufsdiplomaten im Quai d'Orsay von Anfang an ignoriert. Die Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit wurde so bereits vor ihrer ersten Sitzung auf die Pfade traditioneller Diplomatie gedrängt. Mit der Nichteinbeziehung des neugegründeten Service des Oeuvres Françaises à l'Étranger in die innerfranzösischen Entscheidungsprozesse zeigte sich die in der Anfangsphase auch in Frankreich fehlende strategische Absicht, reale Kulturpolitik, wie sie damals verstanden wurde, auf die multilaterale Ebene zu heben. Daran konnte auch Léon Bourgeois, der zu dieser Zeit nicht mehr zum engsten Kreis der außenpolitischen Entscheidungsträger gehörte, nichts ändern. Ihm gebührt das Verdienst, der einsetzenden Internationalisierung der Kulturpolitik zeitweilig und nicht zuletzt gegen Widerstand aus den eigenen Reihen, eine für Frankreich günstige Richtung gegeben zu haben. Wirkliches Interesse an der Ingangsetzung dieses Prozesses lag außer bei den ambitionierten privaten Organisationen eher beim Völkerbund selbst, wo Themen, die bis dahin keine Domäne traditioneller Außenpolitik darstellten, das allgemeine Aktionsfeld erweitern und den auf Karriere bedachten Funktionären der sich entwickelnden internationalen Bürokratie neue Wege öffnen konnten.

Erst 1924, nach dem Wahlsieg des Linkskartells, kam es zur Neuorientierung der französischen Völkerbundpolitik, zu der eine Aufwertung der kulturellen Komponente gehörte.<sup>53</sup> Die von Frankreich in diesem Sinne initiierte und im Januar 1926 offiziell vollzogene Gründung des I.I.C.I. leitete eine neue Etappe der multilateralen kulturpolitischen Kooperation ein. Sie endete 1940, nach verschiedenen Höhen und Tiefen, mit dem deutschen Überfall auf Frankreich. Während des zweiten Weltkrieges blieb es den alliierten Bildungsministern vorbehalten, die Tradition kulturpolitischer Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Ihre Organisation wurde zum unmittelbaren Vorläufer der Unesco. Frankreich gehörte auch in diesem Rahmen zu den Hauptakteuren und für seine Repräsentanten wurde es sehr schnell Gemeingut, sich mit etwas verklärtem Blick auf das Wirken von Léon Bourgeois und Henri Bergson zu berufen.

52 Ebenda, Bl. 235 f.

53 Siehe dazu RENOLLET (wie Anm. 3).